Ostpreußische Nachrichten



Ausgabe für die Landsmannschaft Ostpreußen (Bund der vertriebenen Ostpreußen) im BLV.

3. Jahrgang | Berlin, 1. November 1954 | Nr. 11

Das Problem der deutschen Ostgebiete

Fünf Grundsätze der Rückgewinnung — Der Weg der Verhandlungen

Von unserem Korrespondenten

Das regierungsamtliche Mitteilungsblatt veröffentlichte vor kurzem ohne eigenen Kommentar fünf Grundsätze für die Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete, die vom „Heimatvertriebenen-Pressedienst" (hvp) aufgestellt worden sind. Darin wird eingangs festgestellt, daß unter den Vertriebenen „nicht in einem einzigen Falle" eine gewaltsame Lösung des Oder-Neiße-Problems" auch nur am Rande einkalkuliert worden sei. Vielmehr denke man allgemein ausdrücklich an Verhandlungen.

Damit sei die Erörterung zugleich „auf die realpolitische Ebene gehoben". Wörtlich heißt es: „Verhandlungen setzen voraus, daß nach dem Grundsatz des «do ut des» (Gib, damit dir gegeben wird) vorgegangen wird, und daß ein Ausgleich der Machtfaktoren zur Herstellung oder Verbesserung des Gleichgewichts angestrebt, daß also der Frieden stabilisiert wird."

Weiter wird in den Grundsätzen festgestellt, daß solche Verhandlungen nur von einem deutschen Staat geführt werden könnten, der „nicht nur willens, sondern auch in der Lage" sei, das Heimatrecht der Vertriebenen zu vertreten. Nach Möglichkeit müßten solche Verhandlungen zugleich durch befreundete Mächte gefördert werden, deren Unterstützung zu gewinnen sei.

Die Verhandlungen müßten „mit wirklichen, vorhandenen Faktoren" geführt werden, „nicht nur mit solchen, die vorgeben, politische Größen zu sein". Dieser Satz scheint sich gegen die polnischen Exilpolitiker zu wenden. Schließlich wird festgestellt, schon die Tatsache, daß Verhandlungen als ausschließliches Mittel vorgesehen seien, bedeute, daß „schrittweise Lösungen" einberechnet würden.

Verbesserung der Unterhaltshilfe

Rund 860 000 empfangen nach dem Lastenausgleichsgesetz Unterhaltshilfe. Die Bezüge dieses Personenkreises werden vom Dezember an erhöht. Dem vom Bundestag in zweiter Lesung verabschiedeten Gesetz zufolge verbessert sich die monatliche Unterhaltshilfe von 85,— auf 100,— DM, für Ehegatten und Pflegepersonen von 37,50 auf 50,— DM und für Kinder und Vollwaisen von 27,50 auf 35,— DM.

Diese Erhöhung gilt rückwirkend vom 1. Juli 1954. Für die zurückliegenden Monate sollen die Beträge als Nachzahlung noch vor Weihnachten in die Hände der Berechtigten kommen. Die Zustimmung des Bundesrates zu diesem Gesetz wird als sicher angesehen.

Die von den Betroffenen dringend erwartete Aufbesserung der Unterhaltshilfen soll zunächst in der Form von Vorschußzahlungen erfolgen. Zu Beginn des nächsten Jahres soll jedoch in einer Novelle zum Lastenausgleichsgesetz diese Verbesserung endgültig verankert werden.

Diejenigen Personen, die in Berlin bereits Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz beziehen, sollen in die Verbesserung gleichzeitig eingesetzt werden, wobei für diesen Personenkreis ebenfalls mit den Nachzahlungen noch vor Weihnachten gerechnet werden kann. Insgesamt werden bei der Dezemberzahlung für den Hauptempfänger der Unterhaltshilfe 75,— DM, für den Ehegatten 62,50 DM und für Kinder 37,50 DM für die seit Juli vergangenen fünf Monate ausgehändigt werden.

Manteuffel, Vorsitzender des VdL

Der Vorsitzende der deutsch-baltischen Landsmannschaft, der CSU-Bundestagsabgeordnete von Manteuffel-Szoege wurde in Bonn zum Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften gewählt. Der bisherige Vorsitzende, Lodgman von Auen, hatte aus Gesundheitsrücksichten auf seine Wiederwahl verzichtet.

•

Wir wünschen dem neugewählten Vorsitzenden des Verbandes der Landsmannschaften für seine Tätigkeit, daß es ihm vergönnt sei, zu vollenden, was sein Vorgänger, Dr. Lodgman von Auen, angestrebt hat: Die Einheit der Vertriebenen und ihr zielbewußtes Wirken für die Schaffung eines neuen Europas.

Auch sie gehören zu Europa

(Eigenbericht)

Zu den bedeutendsten Ereignissen dieses Herbstes zählen die „Tage slawischer Kultur", die von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und dem Süddeutschen Rundfunk in Verbindung mit der Stadt Stuttgart vom 16. bis 24. Oktober in Stuttgart veranstaltet werden. Sie sollen daran erinnern, daß auch die etwa 200 Millionen Slawen hinter dem Eisernen Vorhang zu Europa gehören und einen wichtigen Beitrag zur europäischen Kultur geleistet haben.

Mit beschwörender Stimme warnte der 77jährige Heidelberger Professor Willy Hellpach vor dem Gremium der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde davor, den Blick einseitig auf den Westen zu fixieren. Die Stuttgarter „Tage slawischer Kultur" sollten dazu beitragen, daß wir uns der großen „germano-slawischen Schicksalsverbunheit" erinnern, die jahrhundertelang bestanden habe und trotz der 33 deutsch-französischen Kriege für die Weltgeschichte der Zukunft von größerer Bedeutung sei als man heute anzunehmen geneigt wäre.

„Der Tag der Wiedervereinigung, auf den wir uns vorzubereiten haben, kann", rief Hellpach aus, „zu einer Katastrophe werden, wenn wir nicht daran denken, daß die eigentlichen Probleme erst hinter der Oder-Neiße-Linie beginnen. Auch wenn heute Europa in zwei Erdteile auseinanderzufallen droht, hängt ein gut Teil seiner Zukunft davon ab, daß es in dem Riesenraum zwischen Oder und Weichsel zu einem vernünftigen Zusammenleben von Deutschen und Slawen kommt."

Eine der wichtigsten Thesen Hellpachs lautete: die heutige Spaltung Europas ist ideologischer, nicht geographischer Natur. Der Kommunismus ist eine westliche Erfindung. Die Russen haben ihm nur das Sowjetsystem dazugegeben, aber dieses ist ja längst von der Parteiapparatur an die Wand gedrückt worden. Nicht die Slawen seien unsere Gegner, sondern die Funktionäre.

In diesem Zusammenhang sprach Hellpach von Versäumnissen der Außenpolitik Stresemanns, die sich einseitig auf den Westen eingestellt habe. Er selbst habe — wenn auch vergebens — mit anderen den Außenminister auf die Entwicklung in Polen und der Tschechoslowakei aufmerksam gemacht.

Was können wir heute tun? Das Gespräch, das der Leipziger Kirchentag ermöglicht hat, nicht wieder abreißen lassen; in Kontakt mit der Welt des Ostens bleiben; uns vorbereiten auf die Probleme der Zukunft, auch wenn sie vielleicht erst der nächsten Generation, ja womöglich erst den nächsten Generationen zur Lösung aufgegeben werden.

Werben um „deutsche Minderheit"

Berlin. Die im vergangenen Monat in Schlesien veranstalteten Diskussionen zwischen polnischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären und „Angehörigen der deutschen Minderheit", auf denen von einer „Verstärkung der Freundschaftsbande zwischen der Regierung Volkspolens und der deutschen Minderheit" gesprochen wurde, sind jetzt auch auf Ostpommern und den polnischen Verwaltungsteil von Ostpreußen ausgedehnt worden.

In Stettin, Kolberg und Köslin fanden Anfang Oktober die ersten derartigen Versammlungen, teilweise auch persönliche Besuche bei den in ihrer Heimat zurückgebliebenen Deutschen statt. Polnische Parteifunktionäre erklärten in Köslin und Allenstein, daß „gewisse erschwerende Maßnahmen, die vor längerer Zeit der deutschen Minderheit gegenüber getroffen wurden", im Laufe der nächsten zwei Jahre beseitigt werden sollen.

Polen verstärkt deutschsprachige Publizistik

Berlin. Im Zuge der „neuen Politik gegenüber der deutschen Minderheit" sind die deutschsprachigen Sendungen des polnischen Senders in Breslau wesentlich erweitert worden.

Die Sendungen sind dazu bestimmt, die in der Heimat verbliebenen Deutschen „für die Volksrepublik Polen" zu gewinnen, außerdem handelt es sich um Programme mit kommunistischer Tendenz. Die Sendungen sind des weiteren auch so gehalten, daß sie auch auf die Sowjetzonen-Bevölkerung im Sinne der „Gemeinschaft der Volksdemokratien" wirken sollen. Auch auf dem Gebiete der deutschsprachigen Presse ist ein weiterer Ausbau geplant. Wie verlautet, soll das seit einigen Jahren in Breslau erscheinende deutschsprachige polnisch-kommunistische Wochenblatt „Arbeiterstimme" zur Tageszeitung ausgebaut werden.

Was die Anderen meinen

London. Die Polen hätten die Vereinbarungen der Londoner Konferenz „mit gemischten Gefühlen aufgenommen", schreibt das Zentralorgan der polnischen Emigration in England, der Londoner „Dziennik Polski", in einem Leitartikel zu dem Ergebnis der Londoner Konferenz.

Erfreulich sei, daß Deutschland automatisch die Garantien verlieren werde, die ihm die Übereinkunft nach seiner Ratifizierung gibt, wenn es versuchen würde, „die Oder-Neiße-Grenze gewaltsam zu revidieren". Außerdem werde die Rüstungsbeschränkungen begrüßt, zu denen sich die Bundesrepublik verpflichtet hat. Gleichzeitig aber bringt der „Dziennik Polski" sein Mißfallen über das Vertrauen zum Ausdruck, das die angelsächsischen Mächte Deutschland gegenüber beweisen: Es sei „zu befürchten", so heißt es hierzu, daß nunmehr „sich die Stellung Deutschlands in der Weltpolitik weiterhin verstärkt".

Der SFB und wir

Der Sender Freies Berlin besteht nun zwar erst einige Monate, aber wir Vertriebenen haben doch gemerkt, daß dieser auf der Basis des NWDR Berlin aufgebaute Sender für uns eine sehr erfreuliche Aufgeschlossenheit besitzt. Der SFB hat vom NWDR Berlin die wöchentliche Halbstundensendung (jeden Sonnabend 15.30 bis 16.00 Uhr) „Alte und neue Heimat" übernommen, die vorher mehr oder weniger eine Notbrücke zwischen uns und den anderen Einwohnern dieser Stadt war. Wir wollen dabei keinesfalls die Leistungen und die Hilfe des NWDR Berlin schmälern, wir wissen auch, daß es für die Mitarbeiter des Hauses damals sehr schwierig war, unsere Bitten zu erfüllen und sich damit durchzusetzen.

Mit dem neuen Namen ist in das Sendehaus am Heidelberger Platz auch ein neuer Geist eingezogen. Der gute Wille dokumentierte sich in den letzten Monaten in der Bereitschaft, uns Vertriebene auch außerhalb der wöchentlichen Halbstundensendung in das Mittelwellen- und UKW-Programm des Senders sporadisch aufzunehmen. So übertrug der SFB am 1. August in der so günstigen Sendezeit von 12 bis 13 Uhr Ausschnitte aus der großen Kundgebung der Vertriebenen zum „Tag der deutschen Heimat" in der Waldbühne. Auch bei außergewöhnlichen Veranstaltungen der Landsmannschaften, zu denen prominente Sprecher aus der Bundesrepublik gekommen waren, fanden in Ausschnitten im UKW und Mittelwellenprogramm, in Sondersendungen oder in den aktuellen Sendungen, Aufnahme. Wir sind für diese Aufmerksamkeit sehr dankbar und wissen sie wohl zu schätzen.

Darum richten wir die Ausführungen des nächsten Absatzes auch weniger an die redaktionellen Mitarbeiter des SFB als an die Persönlichkeiten, die mit den Finanzen zu tun haben. Denn wir wollen uns erlauben, eine Bitte auszusprechen: Die wöchentliche Halbstundensendung „Alte und neue Heimat", ist nach unserer Kenntnis mit Etatmitteln so schwach ausgestattet, daß sie nicht immer das Eigenprogramm liefern kann, das wir Berliner Vertriebenen gern hätten. Da diese Sendungen meist mit Überspielungen vom NWDR Köln gefüllt werden die oft genug Ansätze zur Kritik geben, bleibt nur eine geringe Möglichkeit, die Vertriebenen in der Sowjetzone durch diese Sendereihe anzusprechen. Kurz gesagt, wir bitten um eine großzügige Etatisierung dieser Sendereihe, auf daß unser Verband und die Landsmannschaften zusammen mit den Mitarbeitern des SFB der gestellten Aufgabe voll genügen können.

Wir dürfen hoffen, daß diese Worte ein offenes Ohr finden. Wir würden dies sehr begrüßen, weil eben die Zusammenarbeit mit dem SFB uns viel Freude und vorzügliche Anregungen gebracht hat.

Ostdeutsche Schulnamen

Im Rahmen würdiger Schulfeiern, an denen sich auch Vertreter des Berliner Landesverbandes der Vertriebenen beteiligten, wurden fünf Charlottenburger Oberschulen ostdeutsche Namen verliehen.

Die 1. Oberschule praktischen Zweiges (OPZ) in Charlottenburg, Bleibtreustraße, erhielt den Namen „Ostpreußenschule", die 2. OPZ, Kamminer Straße, den Namen „Westpreußen", die 3. OPZ, Schustehrusstraße, den Namen „Schlesien", die 4. OPZ in der Danckelmannstraße den Namen „Pommern" und die 5. OPZ in der Leistikowstraße den Namen „Danzig".

Die Bundestagsdebatte über das Feststellungsgesetz

Stellungnahme des Verbandes der Landsmannschaften (VdL)

Eine Debatte konnte man die Behandlung der Großen Anfrage des GB/BHE im Bundestag am 23. September kaum nennen. Denn das Interesse des Hohen Hauses war auffallend gering. Die vorangegangene sechsstündige Aussprache über die Vertriebenenpolitik der Bundesregierung anhand der SPD-Anfrage mag die Volksvertreter ermüdet haben. Der Bundesfinanzminister als der wichtigste Mann auf der Regierungsbank war lediglich durch seinen Staatssekretär vertreten, und die SPD beteiligte sich an der Aussprache nicht.

Die Große Anfrage lautete im wesentlichen:

1. Worauf ist es zurückzuführen, daß mehr als zwei Jahre nach Verabschiedung des Feststellungsgesetzes noch nicht eine einzige Rechtsverordnung über die Bewertung der Vertreibungsschäden erlassen worden ist, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Abhilfe zu schaffen?
2. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Bundesausgleichsamt und die Heimatauskunftsstellen personell in die Lage zu versetzen, die ihnen obliegenden Aufgaben zu bewältigen?

Weiter wurde in der Anfrage festgestellt, daß in den vergangenen 2½ Jahren seit Verkündung des Feststellungsgesetzes Feststellungsbescheide nicht einmal in einem Halben vom Hundert der Schadensfälle ergangen sind. Laut LAG ist die Schadensfeststellung mindestens soweit zu beschleunigen, daß das LAG-Schlußgesetz bis zum 31. März 1957 erlassen werden kann. Gerade das aber sei bei dem jetzigen Stand der Schadensfeststellung in Frage gestellt.

Wiederholt hat der VdL — und gleich ihm der ZvD/BvD — die bedrohliche Lage geschildert und dem Bundesfinanzminister Vorschläge für eine Beschleunigung der Schadensfeststellung unterbreitet. Die personelle Aufbesserung und Erweiterung in den HAStn, Ausgleichsämtern und ministeriellen Ressorts wurde dabei jedesmal dringlicher gemacht. Selbst der Präsident des Bundesausgleichsamtes (BAA) hat den schleppenden Abfluß der eingegangenen Mittel mit dem unzureichenden Personalbestand der 650 Ausgleichsämter im Bundesgebiet mehrmals begründet. Alle diesbezüglichen Eingaben der Verbände wurden vom Bundesfinanzministerium dahingehend beantwortet, die Frage werde zur Zeit geprüft. Irgendeine Verwirklichung auch nur eines der gegebenen Vorschläge erfolgte nicht.

In der Begründung der somit mehr als berechtigten Anfrage des GB/BHE stellte Dr. Kather (BHE) zunächst die Abwesenheit des Bundesfinanzministers als einen sehr unglücklichen Tatbestand fest. Im Falle der Unabkömmlichkeit des Mannes, an dessen Widerstand die Dinge vielfach gescheitert seien, wäre eine Verschiebung der Diskussion nach Ansicht Dr. Kathers sinnvoller gewesen. Dr. Kather monierte u. a. das unzureichende Heranziehen der Geschädigten und ihrer Verbände, das Fehlen überhaupt eines Sachbearbeiters im Bundesfinanzministerium bis zum Frühjahr dieses Jahres und die Bearbeitung der Schadensfeststellung im BAA durch nur einen Referenten und zwei Sachbearbeiter bei einem Gesamtbestand von 4 Abteilungsleitern und 20 Referenten. Eindringlich wies der BHE-Sprecher auf die negativen Auswirkungen der unzulänglichen Schadensfeststellung sowie auf die Sinnwidrigkeit, die Verteilerseite des LAG dem Steuerminister zu unterstellen, hin. Er betonte, daß es sich nicht um parteipolitische Forderungen, sondern um die berechtigten Ansprüche der überwiegenden Mehrheit der Geschädigten und ihrer Verbände handelt.

Für den Bundesfinanzminister antwortete dessen Staatssekretär Hartmann. Das Ausbleiben von Rechtsverordnungen erklärte er mit den außerordentlichen Schwierigkeiten der Materie. Die beiden ersten Rechtsverordnungen werde die Bundesregierung in den nächsten Wochen beschließen. Zur personellen Besetzung im Bundesfinanzministerium und BAA äußerte er, man könne für ein einziges Gesetz nicht einen neuen Referenten einstellen, der nachher wieder überflüssig wird. Er bedauerte das langsame Vorankommen der Schadensfeststellung infolge Überlastung der Ausgleichsämter durch die Bearbeitung der Anträge zur Unterhalts- und Hausratshilfe. Bei den HAStn seien die Geschäftsprüfungen jetzt abgeschlossen, so daß der Stellenplan 1954/55 nunmehr voll ausgeschöpft werden könne. Bei Übertragung neuer, im Gesetz begründeter Aufgaben würden die HAStn dem Arbeitsanfall entsprechend verstärkt werden. Zu der Befürchtung einer nicht fristgerechten Verabschiedung des LAG-Schlußgesetzes war der Staatssekretär der erstaunlichen Ansicht, daß für den Erlaß dieses Gesetzes eine genaue Kenntnis der Schäden nicht erforderlich sei. Er halte eine einigermaßen zuverlässige Schätzung der ungefähren Höhe der Schäden für ausreichend. Nach einem kurzen Überblick über die Gesamtleistungen des Ausgleichsfonds betonte der Staatssekretär, daß die Arbeiten nach der Reihenfolge der Dringlichkeit erledigt worden seien.

In der anschließenden Aussprache stimmten die Ausführungen der beiden einzigen Redner, Dr. Atzenroth (FDP) und Kuntscher (CDU), im wesentlichen mit den Ausführungen Dr. Kathers überein. Im Schlußwort nannte Dr. Kather die Antwort des Staatssekretärs Hartmann, abgesehen von der wenig sachlichen Auseinandersetzung mit der Begründung der Großen Anfrage, eine Brüskierung aller Geschädigten.

Die Hartleibigkeit eines Bundesfinanzministers mag bis zu einem gewissen Grad verständlich sein. Es ist jedoch wenig sinnvoll oder fair, die Sparmaßnahmen so weit zu treiben, daß den Geschädigten die gesetzlich zuerkannten, an sich schon mehr als dürftigen Leistungen aus dem LAG durch immer neue Verzögerungen und bürokratische Fußangeln ungebührlich lange vorenthalten werden. Dagegen hilft nur das geschlossene Auftreten aller Interessenten, nämlich der Geschädigten, ihrer Verbände und der für die Lastenausgleichsleistungen geschaffenen Behörden. Die behördliche Spitze ist das Bundesausgleichsamt mit seinem jetzigen Präsidenten Dr. Kühne. Die Einheitsfront der Verbände kann sich nur dann durchsetzen, wenn das BAA mit seinem Präsidenten mitzieht.

Es sei daran erinnert, daß man vor zwei Jahren bei der Besetzung des BAA auf die „neutrale Beamtenlösung" abkam, um einer weiteren Verhärtung der Fronten zwischen Einheimischen und Vertriebenen vorzubeugen. Die Hoffnung auf Neutralität des BAA hat jedoch bitter getrogen, nachdem der aus dem Bundesfinanzministerium stammende Präsident Dr. Kühne sich einseitig seinem früheren Herrn und Meister verschrieben und sein Amt gegen die Interessen der Geschädigten zu einer Abteilung des Steuerministeriums degradiert hat. An Stelle einer neutralen Eigeninitiative erschöpft sich die Führungstätigkeit des BAA lediglich in ständiger Absprache mit dem Bundesfinanzministerium. Es kann daher nicht verwundern, daß der LAG-Fonds anschwillt, ohne daß diese Mittel den Geschädigten rechtzeitig zugute kommen, daß die personelle Besetzung der LAG-Ämter von unten bis oben unzulänglich ist, daß die Voraussetzungen für eine fristgerechte Erarbeitung des LAG-Schlußgesetzes unter den gegebenen Verhältnissen unmöglich geschaffen werden können und daß die produktive Eingliederung der Vertriebenen zwar deklamatorisch versichert, in der Praxis aber nach der Methode „zwei Schritte vor — anderthalb zurück" betrieben wird.

Angesichts der verfahrenen Situation und der knappen Zeit bis zum Abschluß der Schadensfeststellung scheint es geraten, nach nunmehr zweijähriger Bevorzugung der Aufkommensseite schleunigst eine sachverständige Persönlichkeit aus dem Lager der Geschädigten an die Spitze des BAA zu setzen. Wenn seinerzeit der Gesamtkomplex mit „Ausgleich der Lasten" überschrieben wurde, muß die Regierung auch solche Persönlichkeiten an die Spitze der Exekutivorgane bringen, die einen echten Ausgleich verbürgen. Noch ist dazu Zeit.

Zur Diskussion unserer Arbeit

Aus dem Kreise der LM Danzig ging uns noch folgende Zuschrift zu:

Die letzten diesjährigen großen Bundestreffen der ostdeutschen Landsmannschaften in den Hauptstädten der Bundesrepublik liegen hinter uns. Sie haben ihren Eindruck nach außen hin nicht verfehlt. Der Tag der Heimat im Bundesgebiet und in Berlin hat gleichfalls einen Widerhall weit über unsere Grenzen hinaus gefunden. Erfüllt von den Eindrücken und der Freude des Wiedersehens mit lieben Freunden aus der alten Heimat, sind die Teilnehmer in die Orte ihrer Wahlheimat zurückgekehrt.

Bei allen diesen Treffen wurde vom Recht auf die Heimat und vom Kampf um dieses Recht gesprochen. Aber sollen diese Worte nicht nur Worte bleiben, dann müßten sich sowohl die Männer in den Ministerien, wie auch die Vertriebenenverbände Gedanken darüber machen, welche neuen Wege einzuschlagen sind, um alle guten Gedanken und Pläne Wirklichkeit werden zu lassen.

Es ist kein Geheimnis, daß bei einer großen Zahl von Vertriebenen mit der wirtschaftlichen Besserstellung der Heimatgedanke verblaßt. Nur diejenigen Vertriebenen, die heute noch in großer Zahl in sozial schlechten Verhältnissen leben, sehen ihr einziges Heil in der Rückkehr in die Heimat. So aber darf die Entwicklung der Dinge nicht fortschreiten. Ministerialrat Dr. Landsberg sagt zur Situation der Vertriebenen in der Schrift „Der Remter": Die Vertriebenenverbände wollen weder für das Linsengericht des Lastenausgleichs ihr Recht auf die Heimat verkaufen, noch sind sie bereit, irgendeine wirtschaftliche Eingliederungsmaßnahme anders als unter dem Gesichtspunkt der Vorläufigkeit und der Rückkehr zu sehen. Der Aufbau neuer lebensfähiger Existenzen soll nur die Gründung entsprechender Betriebe im Osten vorbereiten. Die Ausbildung der Jugend soll ausschließlich der Heranbildung geeigneten Nachwuchses für die Wiederbesiedlung des Ostens dienen." Besser konnte die Situation der Vertriebenen nicht beleuchtet werden.

Was nützt aber die größte Aufopferung und die größte Anstrengung des einzelnen, wenn er für diese Arbeit nicht die erforderliche Unterstützung findet. Bei der Beurteilung dieser Frage stößt man bei den Stellen, die für die Durchführung dieser Aufgaben mitverantwortlich sind und sie fördern sollen, oft auf Ansichten, die unverständlich sind.

Was nützen Heimattreffen, kulturelle Veranstaltungen und andere Veranstaltungen, wenn es nicht gelingt, diese Veranstaltungen mit dem Geist zu erfüllen, der notwendig ist, um die Menschen wachzurütteln. Was nützen solche Veranstaltungen, wenn nur Mittel aufgewendet werden können, die in den seltensten Fällen die Kraft der Überzeugung auf die Teilnehmer ausstrahlen. Hier werden den Landsmannschaften Aufgaben gestellt, die in keinem Verhältnis zu den ihnen für die Durchführung dieser Aufgabe zur Verfügung stehenden Mitteln stehen. Noch schlimmer sieht es bei den Berliner Landsmannschaften aus, deren an sich geringe Mittel für die Betreuung der Ostbewohner beansprucht werden.

Sollen nennenswerte Erfolge in der Grundhaltung der Vertriebenen erzielt werden, dann ist es höchste Zeit, daß diese Frage nicht theoretisch vom grünen Tisch aus behandelt wird.

Es muß in diesem Zusammenhang aber auch ein ernstes Wort an den einzelnen Vertriebenen selbst gerichtet werden. Der einzelne muß sich darüber klar sein, daß jedes Beginnen seiner Landsmannschaft, jede Kulturveranstaltung, jedes Heimattreffen, und sei es auch im kleinstem Kreise, von außen her beobachtet und das Interesse der Vertriebenen an ihrer eigenen Sache nach dem Grad ihrer Beteiligung gemessen wird. Stehe daher keiner beiseite und sage: „Auf mich kommt es nicht an." Eigentlich sollten wir aus der Vergangenheit gelernt haben, daß ein solches Verhalten gerade für uns Deutsche oft schon verheerende Folgen hatte. Gerade wir Danziger sollten uns recht lebhaft der Vorgänge in unserer Heimat im Jahre 1920 erinnern. Hätten wir damals nicht durch unsere eindeutige Willensäußerung unser Recht verfochten, dann wären wir von unserem Nachbar bereits zu jener Zeit sang- und klanglos verschluckt worden.

Umrechnung ostdeutscher Flächenmaße

Das Bundesausgleichsamt hat eine Umrechnungstabelle der in den Vertreibungsgebieten üblich gewesenen Flächenmaße in Hektareinheiten herausgegeben, da bei der Durchführung des Feststellungsgesetzes bei Schäden an Einheitswerten die Flächenmaße nach den amtlichen Formblättern in Hektar auszudrücken sind und über die Umwertungen oftmals Unklarheit bestand. Die Umrechnungswerte betragen demnach:

Die in den Heimatgebieten	üblichen Maße	entsprechen in Hektar
Banat, Buchenland, Siebenbürgen, Böhmen-Mähren, Sudetenland, Jugoslawien, Slowakei, Karpato-Ukraine, Ungarn	Quadratkette = 2000 Quadratklafter =	0,7193 ha
	Österr. Joch (Katastralj.) = 1600 Quadratklafter =	0,5755 ha
	Ung. Joch = 1200 Quadratklafter =	0,4316 ha
	Kleines Joch = 1000 Quadratklafter =	0,3597 ha
Böhmen und Mähren	Strich =	0,2876 ha
	Metzen =	0,1916 ha
Buchenland	Falsche = 80 Preschinen =	1,0320 ha
	Delnitza = 35 Preschinen =	0,4515 ha
Bosnien	Dumum =	1,00 qm
Baltikum	Quadratwerst =	113,8489 ha
	Dessjetine =	1,0926 ha
	estl. Lofstelle =	0,1821 ha
	kurl., livländ. oder litauische Lofstelle =	0,3642 ha
Kongreßpolen	polnischer Morgen =	0,5600 ha
Sowjetunion, Bessarabien	Dessjetine =	1,0926 ha
ehem. preußische Gebiete	preußischer Morgen =	0,2553 ha

Kennen Sie die ostdeutschen Städte . . .
. . . und verwechseln Sie sie auch nicht?

Sie meinen, Helgoland sei eine Insel, vom Wasser umgeben, und es liege — ja natürlich — es liegt in den Oder-Neiße-Gebieten, im Bahrenortsee in der Grenzmark Posen-Westpreußen. Oder wollten Sie etwas anderes sagen? Auch Straßburg ist eine Stadt an der schlesisch-märkischen Grenze zwischen Crossen und Züllichau, heute unter polnischer Verwaltung, gerade wie Helgoland. Kolmar, das Ihnen als Rheinstadt bekannt ist, gibt es ein zweites Mal in der Provinz Posen. Strasburg — diesmal allerdings nur mit einem „s" geschrieben — finden Sie außerdem noch ein drittes Mal in Westpreußen im Kulmer Ländchen. Und den Rhein? — In Ostpreußen. Sie meinen, das sei erdichtet oder erfunden? Schlagen Sie doch den Atlas auf, prüfen Sie nach; Sie werden zweifellos noch mehr geographische Wunder erleben.

Hier ein paar Beispiele: Königsberg ist die Hauptstadt von Ostpreußen, das wissen Sie natürlich. Außerdem wissen Sie sicherlich auch von einem Königsberg in der Neumark, aber war Ihnen auch das deutsche Königsberg am Gran in den westlichen Ausläufern des slowakischen Erzgebirges bekannt? Naumburg ist eine Stadt in Sachsen, aber auch eine Stadt am Bober, südwestlich von Grünberg, und eine Stadt am Queis, zwischen Bunzlau und Lauban. A propos Grünberg: Eines gibt es in Schlesien, ein zweites in Hessen. In Hessen gibts auch ein Friedberg, ein zweites Friedberg im Westsudetenland an der Moldau. Ebenfalls im Sudetenland finden Sie Hirschberg, ein zweites — aber das wußten Sie ohnedies — im Riesengebirge.

Und wie wärs statt Friedberg einmal mit Friedeberg? Eins liegt im Isergebirge, das zweite in der Neumark. Und Friedland? Eins in Ostpreußen, ein zweites in Schlesien, im Waldenburger Bergland, ein drittes im Sudetenland, nördlich von Reichenberg (das Wallensteinsche Friedland), ein viertes, als „Preußisch-Friedland" bekannt, in der Grenzmark Posen-Westpreußen, und ein fünftes nicht weit davon, zur besseren Unterscheidung auch als das „Märkische" Friedland bezeichnet. Nicht fünf-, sondern „nur" dreimal (eigentlich viermal) finden Sie Landsberg, nämlich einmal an der Warthe, das zweite Mal in Ostpreußen, das dritte Mal in Oberschlesien und das vierte Mal — am Lech.

Damit sind wir überraschend in Süddeutschland gelandet — und weil wir hier sind: Wußten Sie schon, wo Ramsau liegt? Ich meine nicht Ramsau, das weltbekannte bergumschlossene Dörfchen im Berchtesgadener Land, sondern Ramsau bei Wartenburg in Ostpreußen? Ein drittes Ramsau gibt es noch im Altvatergebiet. Zweimal — Sie werden sich sicher erinnern — existiert Kattowitz, einmal in Oberschlesien und einmal bei Strakonitz im Westsudetenland. Zweimal existiert Beuthen, einmal in Oberschlesien und einmal bei Liegnitz. Nicht einmal Karlsruhe ist vor Ihrer Entdeckungssucht sicher: Es liegt nördlich von Oppeln, allerdings — welch ein Pech — mit „C" statt mit „K" geschrieben. Annaberg —? Natürlich, von dem einen Annaberg in Schlesien wußten Sie ebensogut wie vom zweiten im Erzgebirge in Sachsen. Das sächsische Hochkirch, an dessen Rändern Friedrich der Große 1758 eine schwere Niederlage hinnehmen mußte, ist Ihnen auch ein fester Begriff, und das schlesische Hochkirch südlich von Glogau?

Man kann wahrhaftig seine Wunder erleben. In der Schule lernten wir, Löwen sei eine Stadt in Flandern. Jetzt lernen wir dazu, daß Löwen an der Glatzer Neiße liegt. Und Lauenburg liegt im hintersten Pommern, statt, wie uns vom deutsch-dänischen Krieg 1864 bekannt ist, an der Elbe am Südrand von Holstein — aber nein: dort liegt es auch. Die nächste Frage, woher kommt das Fürstenberger Porzellan, aus Fürstenberg an der Weser oder Fürstenberg an der Oder? Wo liegt Osterode, im Harz oder in Ostpreußen? Und in welcher Stadt steht der berühmte „schiefe Turm"? In Pisa —? Daneben geraten, es steht auch einer in Thorn an der Weichsel. Die vorletzte Chance gebe ich Ihnen jetzt mit der Frage, ob Sie Langemark kennen. Sie meinen in Flandern? Irrtum, es liegt in Schlesien, nördlich von Glogau. Das Langemarck in Flandern schreibt sich mit „ck".

Und die letzte Chance — nebenbei bemerkt, eine ganz leichte Frage — Haben Sie schon mal von Schwarzwald gehört? Sie meinen, es liegt auch in den deutschen Ostgebieten, südöstlich von Krotoschin in der Provinz Posen, dicht an der schlesischen Grenze? Na also, was wollen Sie noch? Sie wissen ja alles!

Nicht jedermann weiß . . .

. . . daß nach einer „landespolizeilichen Verordnung" zur Zeit der Jahrhundertwende auf den Hochgebirgswegen des Riesengebirges und der Schneekoppe das Radfahren verboten war.

. . . daß die bekannte Sage von Hans Heiling, die bei Aich an der Eger, in der Nähe von Karlsbad, ihren Ursprung hat, in Literatur und Musik vielfach bearbeitet wurde, u. a. im Sagenbuch der Brüder Grimm als Volkssage, ferner als Ballade von Johann Nepomuk Vogl, als Novelle von Theodor Körner, als Roman von Christian Heinrich Spieß und als Oper von Heinrich Marschner.

Katinka ist an allem schuld

Sie hieß gar nicht Katinka — weiß der Kuckuck, wer sie umgetauft hatte — aber alle im Dorf nannten sie so. Und wenn das Dorf nur ganze achtundzwanzig Häuser hat, wer will sich da schon ausschließen. Das war dieselbe Zeit wie jetzt, so Ende November, wo nachts über den Bruchwiesen die Nebel Geistertänze tanzen und die Bäume stöhnen, wo unser alter Pastor jeden Abend sein Harmonium spielte und die Menschen noch schweigsamer werden als sonst. Ganz Masuren fiel in eine düstere Schwermut, wie immer zwischen Herbst und Winter. Das ist alles wichtig. Denn wer die Sache mit Katinka verstehen will, muß erst in der Landschaft lesen. Dann lernt er auch die Menschen besser kennen.

Solche Spätherbststimmung war's, als Katinka bei uns auftauchte. Stellt Euch vor: Siebzehn Jahre, schwarze Haare, schwarze Augen, weiße Zähne — gab das eine Aufregung. Als er sie das erstemal sah, ließ mein Onkel seine Pfeife kalt werden, was sonst im ganzen Jahr nur dann geschah, wenn er aß oder schlief. Dann sagte er: „Dunnerkeil!" Und das sagte er sonst nur, wenn der Blitz einschlug. So einer war mein Onkel! Meine Tante aber schwieg, was sonst noch seltener geschah als das Kaltwerden von Onkels Pfeife. Sie stammte allerdings nicht aus Masuren und fand deshalb ihre Sprache auch bald wieder. Und ich — ach, reden wir nicht, ich gab mir Mühe, Katinka nicht zu sehen, aber es gelang mir einfach nicht. Drei Tage ging das so. Katinka konnte nichts dafür. Sie kam aus Wehlau — das ist die Stadt mit dem großen Pferdemarkt müßt Ihr wissen — und sollte meiner Tante nur etwas ausrichten. Dann fuhr sie wieder ab, und meine Tante fuhr mit ihr. Aber was kam dann?

Am vierten Tag darauf, eine Woche nach Katinkas Ankunft, kommt der alte Pawelzik zu uns.

„'n Abend", sagte er beim Reinkommen. Er ging zum Ofen, setzte sich dort auf die Bank, holte langsam, wie sich das gehört, seine Pfeife aus der Tasche, stopfte sie und schlug Feuer. Er blies den Rauch vor sich hin und fragte dann: „Wie geht's?"

Das fiel uns auf. So gesprächig hatten wir den alten Pawelzik noch nie gesehen. Eine Weile Schweigen. Dann legte mein Onkel seine Zeitung weg und sagte: „'s geht."

Wieder eine Weile nichts als Rauch und Schweigen. Was der alte Pawelzik wohl nur wissen wollte? Er zog an seiner Pfeife. Dann meinte er: „Wie geht's der Frau?"

Ein Weilchen drauf mein Onkel: „'s geht."

Dann der alte Pawelzik: „Und sonst?"

„Mein Onkel: „Nuscht."

Aber dann geschah es! Mein Onkel nahm die Pfeife aus dem Mund, fuhr sich mit der Hand über's Kinn und sah zum Fenster in die kalte Nacht hinaus, wo es doch absolut nichts mehr zu sehen gab, denn draußen war es längst dunkel. Dann drehte er sich um und schon die Pfeife wieder in den Mund. Hätt' ich nicht genau gewußt, daß es wirklich mein Onkel war — ich hätt' ihn nicht erkannt. Er war wie ausgewechselt. Dann, nach einer unerwartet kurzen Pause sagte er, der sonst höchstens drei Worte sprach, mit seiner tiefen Stimme: „'s Wetter ist viel besser als sonst, ich glaube, 's gibt 'n kurzen Winter und bald Frühling."

Das war die längste und die tollste Rede, die mein Onkel je gehalten hat! Und schuld daran war nur Katinka, mit ihren siebzehn Jahren. -h



Der bekannte baltische Dichter Werner Bergengruen besuchte im Oktober unsere Stadt und las in zwei sehr gut besuchten Veranstaltungen. Einmal im Rahmen der Festwochen und das andere Mal in einer Veranstaltung seiner Landsmannschaft im „Haus der ostdeutschen Heimat"

Wir öffnen unseren Schallplattenschrank

Für kleine und große Kinder hat die „Polydor" auf Schallplatten ihre „klingenden Märchen" herausgebracht: „Rotkäppchen" (49 291), „Der standhafte Zinnsoldat" (49 292), „Vom Esel, der auch Bremer Stadtmusikant werden wollte" (49 287 und 49 288), „Rundepipp und das ABC" (49 298 und 49 290), sowie „Peter Pan" (49 200 und 49 201).

Sämtliche Märchenplatten präsentiert die „Polydor" in reizvollen Geschenktaschen, die für sich allein schon komplette Märchenbücher sind. Der Bearbeiter Sandor Ferenczy hat hier in außerordentlich glücklicher Form Märchen und Kindergeschichten gestaltet, die besonders an den langen Winterabenden den Kindern und ihren Eltern ein besonderes Vergnügen bereiten. Die „Polydor" spricht insbesondere auf eine kluge, pädagogische Art die musikbegabten Kinder an, deren Begabung beim Abhören dieser Platten wesentlich angeregt wird — sei es nun im Schaffen oder im reinen Hören. In jedem Falle sind diese Aufnahmen — denen die „Polydor" bald auch ostdeutsche Märchen hinzufügen sollte — wertvoll genug zu einer aufrichtigen Empfehlung.

Für Freunde der sinfonischen Musik mit einer Neuaufnahme der „Deutschen Grammophon" ein besonderer Leckerbissen. Diese Hannoversche Gesellschaft stellt jetzt auf Langspielplatte (33⅓) unter Nr. 18 024 LPM das „Klavierkonzert Nr. 2 in B-Dur" von Johannes Brahms vor. In der Aufnahme mit den Berliner Philharmonikern unter Paul van Kempen und dem Solisten Adrian Aeschbacher beweist sich deutlich, welch farbiges und ausgeglichenes Werk Brahms mit diesem Klavierkonzert geschaffen hat. Es ist eine echte Klaviersinfonie, unter Verzicht auf reine Nur-Virtuosität, umspannend angelegt in vier Sätzen, und es ist eine der reifsten Leistungen des deutschen Meisters. Die Aufnahme der „Deutschen Grammophon" gibt es überzeugend wieder.

KULTURKALENDER

Sonnabend, 6. November 1954, 19.30 Uhr
Beethoven-Saal der Rheingau-Schule, Berlin-Friedenau, Homuthstraße 4: **Musikalischer Abend.** Mitwirkende: Solistenvereinigung Waldo Favre, Irene v. Schnering, Klavier.
Deutsch-Baltische Landsmannschaft e. V.
Baltische Kulturgemeinschaft

Donnerstag, 11. November 1954, 20.00 Uhr
Haus der ostdeutschen Heimat: **Hugo Hartung** liest aus eigenen Werken.
Heimatverband der Schlesier e. V.

Sonnabend, 20. November 1954, 20.00 Uhr
Festsaal der Schiller-Schule am Ernst-Reuter-Platz: **„Lachendes Wochenend"** — Großer bunter Abend.
Landsmannschaft Ostbrandenburg-Neumark e. V.

Mittwoch, 24. November 1954, 20.00 Uhr
Haus der ostdeutschen Heimat: **7. Ostdeutsche Singstunde** — Ostdeutscher Sing- und Spielkreis. Leitung: Diethard Wucher.

Donnerstag, 25. November 1954, 20.00 Uhr
Haus der ostdeutschen Heimat: **Hildegard Friebel** liest aus eigenen Werken **Max Halbe.** Es musizieren: Hella Thalberg, Elsa Küster, Heinz Hirsch, Herbert Kemlein. — Lieder von Herrmann Goetz — Walter Jensen. Querschnitt durch die Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" — Otto Nicolai.
Landsmannschaft der Danziger e. V.

Schlesisches Herz ohne Heimat

Ein Gedichtband von Benno Nehlert

Herausgegeben von der Stiftung „Haus der ostdeutschen Heimat", Berlin, wurde der langerwartete, wenn auch schmale, Gedichtband von Benno Nehlert „Schlesisches Herz ohne Heimat". In diesem schmalen Bändchen offenbart sich die Liebe des Autors zu seiner schlesischen Heimat in ganz besonderem Maße. Gleichzeitig wird in ihm durch die Vorsprüche zur Feierstunde der Vertriebenen deutlich, wie eng Benno Nehlert mit den Vertriebenen aller Landsmannschaften verbunden ist. Mit Genehmigung des Autors bringen wir aus diesem Bändchen das Gedicht „Christian Günther":

Christian Günther

Er blühte, leidfroh, ins Gerank der Laube,
Drin Jugendirrnis Schuld auf Freude häuft,
Und schwoll zur Reife purpurdunkler Traube,
Die Blut in Gottes ewige Keller träuft.

Vom schmalen Ruhm, der kranke Lust umschönte,
Ein Klingen blieb in träge Zeit verhallt,
Doch klingender das einsam oft verstöhnte,
Das Lied der Schmerzen, zeitlos ihm geballt.

Und blieb ein Netz von dichtverschlungnen Wegen,
Das sich um heimwehkranke Füße wob.
Doch alle führten zielgrad ihm entgegen,
Der ihn verwarf — und gnadenreich erhob.

Er starb, da schenkend er sich ganz verloren,
Als Bettler, ins Vergessen ausgespien.
Zornblind ein Narr, dem Liebe ihn geboren,
Warf noch im Sterben Schimpf und Fluch auf ihn.

Im Grund der Kufe saftlos dorrt die Schale —
Doch in den Schläuchen Gottes klart der Wein:
Der so verdarb, o glaub, er wird beim Mahle
Der ewigen Liebe Allernächster sein.







Anerkennung von Depositenkonten als Spareinlagen

In Anbetracht wiederholter Interventionen wegen der Frage der Depositenkonten hatte sich das Bundesfinanzministerium an den Sonderausschuß Bankenaufsicht mit der Bitte um eine Stellungnahme gewendet. Auf Grund der Stellungnahme des Sonderausschusses Bankenaufsicht hat das Bundesfinanzministerium in einem Schreiben vom 18. Februar — Az.: LA 4061 — 34/54 — (V) — seinerseits Stellung bezogen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Bei Anwendung des § 2 des Altsparergesetzes, des § 1 des Währungsausgleichsgesetzes und des § 15 des Lastenausgleichsgesetzes hatten sich in der Praxis Zweifel hinsichtlich der Abgrenzung des Begriffs der „Spareinlage im Sinne des § 22 des Gesetzes über das Kreditwesen" ergeben. Ich habe deswegen den Sonderausschuß Bankenaufsicht am 18. Dezember 1953 um Stellungnahme zu dieser Frage gebeten.

Der Vorsitzende des Sonderausschusses hat mir am 5. Februar 1954 mitgeteilt, daß der Sonderausschuß Bankenaufsicht auf seiner 54. Sitzung am 28. und 29. Januar 1954 unter Punkt 9 der Tagesordnung zu der gestellten Frage wie folgt Stellung genommen hat:

„Der Sonderausschuß Bankenaufsicht hat keine Bedenken, wenn bei der Auslegung des Begriffes „Spareinlage" im Sinne des § 15 Abs. 2 Nr. 1 des Lastenausgleichsgesetzes, des § 1 Abs. 1 des Währungsausgleichsgesetzes und des § 2 Nr. 1 des Altsparergesetzes als Sparanlagen angesehen werden:

Geldeinlagen bei Kreditinstituten, die nicht den Zwecken des Zahlungsverkehrs, sondern der Anlage dienten und durch Ausfertigung einer Urkunde gekennzeichnet waren, unter der Voraussetzung, daß

a) Auszahlungen nur gegen Vorlage der Urkunde bewirkt werden konnten,

b) die Urkunde bei voller Rückzahlung der Einlage zurückzufordern war,

c) über die Geldeinlage nicht durch Überweisung verfügt werden durfte,

d) eine Einlösung von Schecks unzulässig war,

e) die Ausgabe der Urkunde ohne entsprechende Einlage unzulässig war,

f) Beträge, die von dem Institut erst im Kreditwege zur Verfügung gestellt wurden, nicht gutgebracht werden durften,

g) in der Urkunde der Zinssatz, zu dem die Einlage verzinst wurde, ersichtlich gemacht war und Änderungen des Zinssatzes in der Urkunde unter Angabe des Tages der Änderung zu vermerken waren,

Abweichungen, die vom Aufsichtsamt für das Kreditwesen ausdrücklich zugelassen waren, (wie z. B. im Erlaß vom 3. August 1940 Tgb. Nr. 15 441/10 V), schließen die Anerkennung als Spareinlage nicht aus.

Ich bitte, bei Anwendung der vorerwähnten Gesetzesvorschriften nunmehr einheitlich die Stellungnahme des Sonderausschusses Bankenaufsicht zugrunde zu legen.

Ich darf darauf hinweisen, daß die Stellungnahme des Sonderausschusses im Ergebnis das Vorliegen der Voraussetzungen des § 22 KWG als wesentlich, das Vorliegen der Voraussetzungen der §§ 23 ff KWG dagegen nicht als unbedingt wesentlich für die Anerkennung eines Guthabens als Spareinlage im Rahmen der Lastenausgleichsgesetzgebung betrachtet. Der in der Stellungnahme erwähnte Erlaß des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 3. August 1940 hat deswegen hier nur Bedeutung, soweit er Erleichterungen zu § 22 KWG gestattet. Soweit bei Durchführung des Währungsausgleichsgesetzes bereits ablehnende Entscheidungen ergangen sind, die nach der Stellungnahme des Sonderausschusses Bankenaufsicht zu ändern wären, bitte ich, neuerdings gestellte Anträge entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Ich habe keine Bedenken, daß solche Anträge auch nach Ablauf der gesetzlichen Antragsfrist (28. Februar 1954) weiter entgegengenommen werden, da der ursprüngliche Antrag fristgemäß erfolgt war und die Notwendigkeit der neuerlichen Antragstellung nicht auf einem Verschulden des Antragstellers beruht. Weitere Erörterungen der entstehenden Verfahrensfragen, insbesondere der Frage der Behandlung der zur Zeit im Rechtsmittelverfahren befindlichen Anträge, behalte ich mir vor."

Anmerkung: Durch diese Stellungnahme wird vor allem ein großer Teil der sogenannten Depositenkonten entschädigungsfähig. Nach der Entscheidung des Sonderausschusses Bankenaufsicht ist es insbesondere nicht unbedingt erforderlich, daß die Soldeinlagen im Urkundsbuch als „Sparbuch" bezeichnet ist; es kann z. B. auch „Depositenbuch" darauf stehen, sofern nur die anderen Voraussetzungen erfüllt sind. Bei Depositenkonten wird häufig nicht die unter Buchstabe c) aufgeführte Voraussetzung erfüllt sein; dann bleibt das Buch weiterhin nicht entschädigungsfähig.

Großveranstaltung

der Landsmannschaft Ostpreußen
am 27. November 1954, 19 Uhr,
Ostpreußenhalle am Funkturm

Sprecher: **Dr. Alfred Gille**
MdB, Sprecher der LM
Ostpreußen-Hamburg

Anschließend buntes Programm und gemütliches Beisammensein

Eintrittskarten in der Geschäftsstelle und bei den Kreisbetreuern

Nachtrag zu Treffen

Heimatkreis Treuburg
28. 11. 1954, 15.30 Uhr, Kreistreffen, Lokal: „Domklause", Fehrbelliner Platz.

Hochhaus „Königsberg" wird gerichtet

Bau der Ostpreußensiedlung in Berlin weit fortgeschritten

Im Beisein von zahlreichen öffentlichen Persönlichkeiten Berlins, der Bauleitung und der Landsmannschaft Ostpreußen, wurde am Nachmittag des 26. Oktober die mit blauen und bunten Bändern geschmückte Richtkrone am Hochhaus der Ostpreußensiedlung in der Birkbuschstraße in Steglitz hochgezogen. Das 35 m hohe und 32 m lange elfgeschossige Gebäude, das im Rohbau fertig ist, war mit zwei riesigen Fahnen, der schwarz-rot-goldenen und dem Bärenbanner Berlins geschmückt. Dann standen rechts und links die Banner mit der Elchschaufel und dem schwarzen Ordenskreuz auf weißem Grund.

Der Polier, Hans Schmeier, sprach vom blumengeschmückten Rednerpodium, mit der Fahne der Landsmannschaft Ostpreußen in der Hand, den Richtspruch. Er wünschte den Bewohnern des Hauses, daß sie das Glück begleiten und ihnen ein langes Leben beschieden sein möge. „Der Bau soll stehen auf ewige Zeiten, keine Atombomben sollen ihn zerreißen!" — „Für die Landsmannschaft Ostpreußen", so sagte Dr. Matthee, „ist heute ein Tag, der nicht nur in die Geschichte, sondern auch in die Herzen eingehen wird. Einheimische und Landsleute haben dieses Werk vollbracht, das beispielgebend nicht nur für Berlin, sondern auch für die Bundesrepublik ist." Er wünschte den Landsleuten, daß sie hier eine zweite Heimat finden mögen, aber immer eingedenk ihrer alten Heimat Ostpreußen.

Der Senator für Arbeit und Sozialwesen, Kreil, rühmte die Tatkraft der in Berlin wohnenden heimatvertriebenen Ostpreußen und wies darauf hin, daß die Landsmannschaft Ostpreußen die erste sei, deren Initiative ein solches Werk zu verdanken sei. Er hob weiter hervor, daß sich bei dem Bau bisher nicht ein einziger Unfall ereignet habe und beglückwünschte diejenigen, die hier Wohnung nehmen können. Bezirksbürgermeister Zehden erklärte, Steglitz könne stolz sein auf das neue Wahrzeichen, das die Ostpreußensiedlung mit ihrem Hochhaus darstelle. Es werde ein schöner Tag sein, wenn die ostpreußischen Landsleute hier ihren Einzug halten. Noch glücklicher aber würden sie sein, wenn sie in ihr geliebtes Ostpreußen zurückkehren könnten. Auch Bausenator Dr. Mahler gab seiner Genugtuung über das Zustandekommen dieser Siedlung Ausdruck und daß es nunmehr möglich sein werde, Menschen, die so Schweres durchgemacht hätten, wieder glücklich zu machen. Als Vertreter der Bauherren sprach Wilhelm Müller allen an dem Bau Beteiligten den Dank aus und lud zu einem zünftigen Richtschmaus in dem Schöneberger Prälaten ein. Das Ostpreußenlied und die Nationalhymne beschlossen die eindrucksvolle Feierstunde.

Wo treffen sich die Ostpreußen?

Landsmannschaft Ostpreußen (Bund der vertriebenen Ostpreußen), Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 83, Tel. 92 01 91

Heimatkreis Königsberg / Bezirk Moabit
1. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Hansa-Restaurant, Berlin NW 87, Alt-Moabit 47-48, Straßenbahnen 2, 3, 23, 25, 35, 44. Bus A 1, A 25.

Heimatkreis Pillkallen/Stallupönen
6. 11. 1954, 19.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N 65, Nordufer 15, S-Bahn Putlitzstraße, Bus A 16.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Wilmersdorf
6. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Kistenmacher, Berlin-Wilmersdorf, Bundesplatz 2, Ecke Mainzer Straße.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Neukölln
6. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Ideal-Klause, Berlin-Neukölln, Mareschstraße 14, S-Bahn Sonnenallee.

Heimatkreis Darkehmen
7. 11. 1954, 14.30 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Zum Landsknecht, Berlin NW 21, Havelberger Straße 12, S-Bahn Putlitzstraße.

Heimatkreis Wehlau/Tapiau
7. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N 65, Nordufer 15, S-Bahn Putlitzstraße, Bus A 16.

Heimatkreis Ortelsburg
7. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Pilsner Urquell, Berlin-Wilmersdorf, Bundesplatz 2, S-Bahn Wilmersdorf, Bus A 16.

Heimatkreis Gumbinnen
7. 11. 1954, Großtreffen in Anwesenheit des Kreisvertreters Kunze und Landsmann Gebauer aus der Bundesrepublik; 11.30 Uhr: Gottesdienst; 13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen; 14.30 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters und Besichtigung einer Heimatausstellung; 17.00 Uhr: Lichtbilder von Stadt und Kreis Gumbinnen, Lokal: Parkrestaurant Südende, Steglitzer Straße 14-16, S-Bahn Südende.

Heimatkreis Lötzen
7. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Kottbusser Klause, Berlin-Neukölln, Kottbusser Damm 90, U-Bahn Kottbusser Damm.

Heimatkreis Heiligenbeil
7. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Kretschmer „Schultheiss am Lietzensee", Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 109.

Heimatkreis Pr. Holland
7. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Sportklause am Reichssportfeld, Reichssportfeldstraße 23, S-Bahn Reichssportfeld, Straßenbahn 75.

Heimatkreis Lyck
7. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: „Zum Turm", Berlin-Neukölln, Sonnenallee Nr. 12, U-Bahn Rathaus Neukölln, Bus A 4, Straßenbahnen 94 und 95.

Heimatkreis Sensburg
7. 11. 1954, 16.30 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Ideal-Klause, Berlin-Neukölln, Karl-Marx-Straße 135, S-Bahn Sonnenallee.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Schöneberg
13. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: „Zur Sonne", Berlin-Schöneberg, Kolonnenstraße 51.

Heimatkreis Samland/Labiau
14. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Ebershof, Berlin-Schöneberg, Ebersstr. 68.

Heimatkreis Neidenburg
14. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: „Ideal-Klause", Berlin-Neukölln, Mareschstraße 14, S-Bahn Sonnenallee.

Heimatkreis Osterode
14. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Sportklause am Reichssportfeld, Reichssportfeldstraße 23, S-Bahn Reichssportfeld, Straßenbahn 75.

Heimatkreis Rastenburg
14. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Alter Krug, Berlin-Dahlem-Dorf, Königin-Luisestraße 52, U-Bahn Dahlem-Dorf, Bus A 1, A 10.

Heimatkreis Tilsit / Tilsit-Ragnit / Elchniederung
14. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Haus der Wirtschaft, Berlin-Steglitz, Lepsiusstraße 103, S-Bahn Steglitz, Straßenbahnen 40, 44, 73, 74, 77, Bus A 17, A 32, A 33, A 48.

Heimatkreis Memel-Stadt u. Land-Heydekrug/Pogegen
14. 11. 1954, 16.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Parkrestaurant Südende, Steglitzer Straße Nr. 14-16, S-Bahn Südende.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Kreuzberg
14. 11. 1954, 16.00 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Masovia, Berlin SW 29, Bergmannstraße 52, U-Bahn Südstern.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Charlottenburg
16. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: „Parkrestaurant", Klausenerplatz 4.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Reinickendorf
18. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Reinickendorfer Festsäle, Berlin-Reinickendorf, Alt-Reinickendorf 32.

Heimatkreis Angerburg
20. 11. 1954, 20.00 Uhr, Kreistreffen mit Lichtbildervortrag, Lokal: Hansa-Restaurant, Berlin NW 87, Alt-Moabit 47-48, Straßenbahnen 2, 3, 23, 25, 35, 44, Bus A 1, A 24 und A 25.

Heimatkreis Insterburg
21. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Haus Leopold, Berlin-Schlachtensee, Fischerhüttenstraße 103, U-Bahn Krumme Lanke, Bus A 3.

Heimatkreis Goldap
21. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N 65, Nordufer 15, S-Bahn Putlitzstraße, Bus A 16.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Spandau
27. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Sportklause, Berlin-Spandau, Pichelsdorfer Straße 51.

Heimatkreis Königsberg
Bezirk Zehlendorf / Steglitz / Friedenau
27. 11. 1954, 19.30 Uhr, Bezirkstreffen, Lokal: Schultheiss-Restaurant, Berlin-Friedenau, Schöneberger Straße 14.

Heimatkreis Bartenstein
28. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Vereinshaus Heumann, Berlin N 65, Nordufer 15, S-Bahn Putlitzstraße, Bus A 16.

Heimatkreis Allenstein
28. 11. 1954, 15.00 Uhr, Kreistreffen mit Adventsfeier und Totenehrung, Lokal: Hansa-Restaurant, Berlin NW 87, Alt-Moabit 47-48, Straßenbahnen 2, 3, 23, 25, 35, 44, Bus A 1, A 24, A 25.

Heimatkreis Mohrungen
28. 11. 1954, 17.00 Uhr, Kreistreffen, Lokal: Pilsner Urquell, Berlin-Wilmersdorf, Bundesplatz 2.

Ostpreußengottesdienst
28. 11. 1954, 16.00 Uhr, in der evangelischen Kirche Berlin-Schlachtensee, Matterhornstraße.

Wie hoch war Ihr Einheitswert?

Diese Frage macht manchem vertriebenen Grundbesitzer Sorge. Wer keine zuverlässige Urkunde über seinen Einheitswert hat, der kann sich mit anderen Mitteln helfen. Dazu eignen sich z. B.:

a) der Grundsteuerbescheid,
b) der Grundsteuermeßbescheid,
c) der Reichsnährstandsbeitrag,
d) die Hofkarte,
e) die Entschuldungspläne,
f) die Angaben aus Versicherungsverträgen,
g) die Angaben aus Testamenten,
h) die Angaben aus den Beleihungsakten der Hypothekenbanken,
usw.

Aus dem Grundsteuermeßbescheid kann in der Regel der Einheitswert durch Umrechnung ermittelt werden. Der Grundsteuermeßbescheid enthält den Grundsteuermeßbetrag.

I. Bebaute Grundstücke:

Der Einheitswert ist gleich dem Grundsteuermeßbetrag mal 1000, geteilt durch die Steuermeßzahl. Die Steuermeßzahlen schwanken zwischen 10 und 5, je nach den verschiedenen Bauten und in größeren oder kleineren Gemeinden.

II. Unbebaute Grundstücke:

Der mit 100 vervielfachte Grundsteuermeßbetrag ergibt den Einheitswert.

III. Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke:

Der Einheitswert aus dem Grundsteuermeßbetrag errechnet sich wie folgt: Grundsteuermeßbeträge, die 80 RM nicht übersteigen, sind mit 125 zu vervielfachen, höhere Grundsteuermeßbeträge um 20 RM zu erhöhen und mit 100 zu vervielfachen; das Ergebnis ist der Einheitswert.

IV. Der Einheitswert kann aber auch aus dem Grundsteuerbetrag errechnet werden, indem man aus dem Grundsteuerbetrag den Grundsteuermeßbetrag ermittelt. Aus ihm läßt sich dann (vgl. Ziffer III) der Einheitswert herleiten. Den Grundsteuermeßbetrag ermittelt man wie folgt: Grundsteuer mal 100, geteilt durch Hebesatz. Der Hebesatz der Grundsteuer ist eine in den einzelnen Heimatgemeinden verschieden festgesetzte Zahl. Sie ist in den Heimatauskunftsstellen in der Regel noch bekannt.

V. Auch aus dem **Reichsnährstandsbeitrag** kann der Einheitswert für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke abgeleitet werden, sofern der Beitrag mehr als 3 RM betrug. Übersteigt der Beitrag nicht den Betrag von 16,80 RM, ist der Einheitswert gleich dem Reichsnährstandsbeitrag, vervielfacht mit 100 000 und geteilt durch 168. Liegt der Reichsnährstandsbeitrag über 16,80 RM, dann ist der Einheitswert gleich der Summe des Beitrages, plus 4,20, vervielfacht mit 100 000 und geteilt durch 210.

VI. Weiter besteht die Möglichkeit, den Einheitswert den **Hofkarten** zu entnehmen.

VII. In den **amtlichen Entschuldungsplänen** (für Osthilfe oder Entschuldungsämter aufgestellt) ist der Einheitswert für die Landwirtschaft auch enthalten.

VIII. Für die **Gebiete östlich der Oder-Neiße** (einschließlich Bezirk Zittau in Sachsen) liegen die **Durchschnittseinheitshektarwerte nach dem Stande vom 1. Januar 1935** beim Archiv für Grundbesitz vor.

IX. In den uns vorliegenden **Güteradreßbüchern** (jeweils letzte Auflage) sind auch Einheitswerte oder Grundsteuerreinerträge vermerkt, für Mecklenburg-Schwerin Hufenstand (bonitierte Scheffel). Güteradreßbücher liegen vor.

Archiv für Grundbesitz e. V.

Veröffentlicht mit Lizenz der Brit. Mil. Reg. Nr. 392
Lizenzträger: Dr. Hans Matthee
Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen im BLV in Gemeinschaft mit der Verlags- und Vertriebsgesellschaft „Ostdeutsche Nachrichten"
Hauptschriftleiter: Willi Michael Beutel
Verantwortlich für die Landsmannschaftsseite: Ernst Lukat – Anzeigenleiter: Ewald C. Baron – Sämtlich im „Haus der ostdeutschen Heimat" Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, Telefon: 92 01 91. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte ohne Rückporto keine Gewähr. Anzeigenannahme: „Haus der ostdeutschen Heimat". Charlottenburg 9, Kaiserdamm 83, Telefon: 92 01 91.
Druck: R. Otto, Berlin, Lützowstr. 63, Tel. 24 26 83.